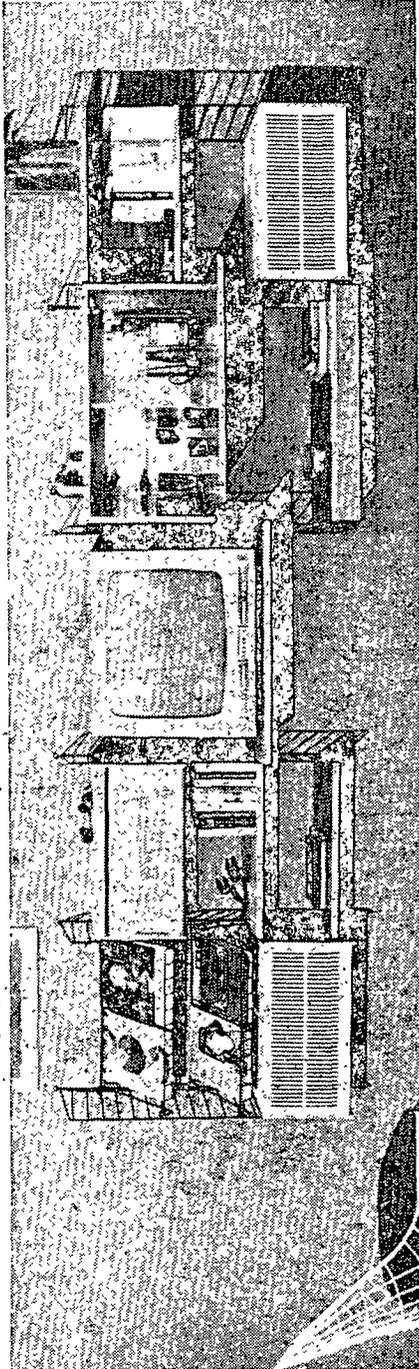


string

die leuchtende
und tönende wand



stringwände sind für den
persönlichen bedarf bestimmt

Ihr einrichtungshaus möchte Ihnen
die zahlreichen möglichkeiten
zeigen

prospekte: deutsche string,
münchen 22

deutsche string

schen den Führungsgruppen beider
Seiten zu erzwingen.

Herbert van Hüllens Tarifexperte, Dr. Schleyer, erklärte es so: „Wir wollten einem taktischen Spiel, das wir bei der IG Metall sahen, begegnen ... Solche taktischen Überlegungen waren es wohl auch, daß man an einzelnen Schwerpunkten bestimmte Fragen vorziehen und damit den Zusammenhang zwischen all diesen Forderungen zerreißen wollte ... Die Summe, die auf die Unternehmungen zugekommen wäre, wäre dann in der Öffentlichkeit nicht so gravierend empfunden worden, weil sie in Rationen gegeben worden wäre.“

Die Unternehmer empfanden die fraglichen Summen aus einem besonderen Grund als sehr gravierend. „Wegen der sich abzeichnenden Schwäche der Konjunktur“, so urteilte Gesamtmetall, müsse die Brennersché Forderung auf zehn Prozent höheren Lohn und längere Urlaubszeit abgelehnt werden. Im September dieses Jahres lagen die Auftragseingänge etwa der Maschinenbau-Industrie um zwölf Prozent unter den Auslieferungen.

Van Hüllens begnügte sich deshalb nicht damit, seine Gegner hinterhältiger Taktik zu zeihen. Er warf ihnen außerdem vor, eine Vereinbarung aus dem Jahre 1960 gebrochen zu haben, das „Homburger Abkommen“.

In Bad Homburg hatten sich damals IG Metall und Gesamtmetall geeinigt, die Arbeitszeit stufenweise zu verkürzen. Die Wochenarbeitszeit in der Metallindustrie soll Anfang 1962 von 44 auf 42½, Anfang 1964 auf 41¼ und Mitte 1965 auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich verringert werden. Jede Stunde weniger bedeutet mithin eine Lohnerhöhung. Die IG Metall verpflichtete sich in dem Abkommen, bei ihren Lohnforderungen bis 1965 diese Aufwendungen für verkürzte Arbeitszeit zu berücksichtigen.

Van Hüllens rechnete jetzt den Brenner-Leuten vor, was sie den Unternehmern im neuen Jahr zumuten wollen:

- ▷ Zehn Prozent echte Lohnerhöhung,
- ▷ 3,5 Prozent Lohnerhöhung durch die Arbeitszeitverkürzung um anderthalb Stunden am 1. Januar 1962,
- ▷ 2,6 Prozent Lohnerhöhung durch längeren Urlaub, also
- ▷ im ganzen 16,1 Prozent Lohnerhöhung auf den Tariflohn von gegenwärtig 2,47 Mark je Stunde.

Die Unternehmer stellten die Forderungen der IG Metall als klare Verletzung der in Homburg eingegangenen Rücksichtspflicht hin.

Die Antwort auf diesen Vorwurf fiel dem Gewerkschaftler Salm nicht schwer. Er habe auf die Verkürzung der Arbeitszeit durchaus Rücksicht genommen; andernfalls wäre seine Lohnforderung noch höher ausgefallen.

Auch von Salami-Taktik wollte Salm nichts hören. Daß seine Tarifikündigungen so sparsam dosiert waren, suchte Salm mit der wenig überzeugenden Bemerkung zu begründen, es sei „nicht unbedingt notwendig, zu dem nächstzulässigen Termin Tarifverträge zu kündigen“. Auch habe er vermeiden wollen, „mit den Verhandlungen ... ausgerechnet in die Weihnachtszeit hineinzukommen“.

Im übrigen beschränkte sich das Gewerkschaftslager darauf, die Unternehmer lautstark anzugreifen. Salm zeterte über eine „ausgesprochene Provokation“, die IG Metall in Hamburg über „eine bewußte Verschärfung der sozialen Spannungen“.

Der Publizitäts-Wirbel mag sich am Ende als das einzig greifbare Ergebnis der neuen Unternehmertaktik herausstellen. Herbert van Hüllens kann selbst mit seiner Pauschalkündigung nicht die Abkehr von der Salami-Methode erzwingen: Die IG Metall braucht sich keineswegs an nur einen einzigen Verhandlungstisch zu setzen, sie kann vielmehr mit allen 14 regionalen Tarifpartnern getrennt verhandeln.

Bereits einen Tag nach van Hüllens Kündigungs-Coup forderte denn auch der Hamburger IG-Metall-Chef Ruhnow die Metallindustriellen seines Bezirks auf, mit ihm sofort in Verhandlungen einzutreten.

PARTEIEN

SPD

Geist und Macht

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß sich für einen Musterprozeß wappnen, der dem Renommee prominenter SPD-Apparatschiks in der Bonner Parteibaracke abträglich sein wird: Der Marburger Professor für wissenschaftliche Politik, Wolfgang Abendroth, der am letzten Wochenende aus der SPD ausgeschlossen wurde, will gemeinsam mit dem Berliner Polit-Professor Ossip Flechtheim und anderen sozialdemokratischen Hochschullehrern vor Gericht nachweisen, daß sich in der SPD autoritäre Tendenzen verstärken, die dem Grundgesetz widersprechen.

Anlaß der gerichtlichen Auseinandersetzung über sozialdemokratische Partei-Interna ist ein Beschluß des SPD-



SPD-Rebell **Abendroth**
Ultimatum aus der Baracke

Partei Vorstandes, der Anfang November veröffentlicht wurde und festlegt, daß die Mitgliedschaft im linksorientierten Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und in der zur finanziellen Unterstützung des SDS gegründeten Sozialistischen Förderer-Gesellschaft „unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ ist.

Die SDS-Förderer Flechtheim und Abendroth werteten diesen Beschluß in einer an den Parteivorstand adressierten, von vier Genossen Professoren mitunterzeichneten Erklärung als „Manipulation autoritär denkender Kräfte“.

Die Sorge um die „geistige Freiheit und die Verfassungsordnung der Bundesrepublik“, so ließen die Akademiker ihre Partei-Obrigkeit wissen, hindere sie daran, sich dem Beschluß des SPD-Vorstands zu unterwerfen. Vor die Alternative gestellt, entweder der Förderer-Gesellschaft oder der SPD zu entsagen, entschieden sie sich zunächst für die akademische Freiheit und gegen die Partei.

Dieser demonstrative Schritt ist gegen die innerparteilichen Konsequenzen jener neo-sozialdemokratischen Politik gerichtet, die der Marburger Polit-Professor und SDS-Förderer Abendroth bereits in einem Memorandum an den Parteivorstand rügte.

Schrieb Abendroth: „Die SPD ist (bei den letzten Bundestagswahlen) von 31,8 Prozent der Wählerstimmen auf 36,2 Prozent gestiegen. Aber sie hatte von 1953 bis 1957 mit den traditionellen Wahlmethoden ... auch drei Prozent hinzugewinnen können, ohne in ähnlich dramatischer Weise ihr Gesicht zu verlieren.“

„Der erhoffte Sieg“ sei 1961 ausgeblieben, weil die Partei „jeden Gedanken an eine außenpolitische Alternative zur Politik der Bundesregierung aufgegeben“ und „die sachlich-politische Alternative für den Wähler ... durch die personelle ersetzt“ habe.

Die Partei-Oberen sind freilich nicht gewillt, derartige Kritik an ihrer Rechts-Schwenkung zu tolerieren. Die neue Politik, so die Überlegung der Bonner Funktionäre, werde durch die offene Absage an Anhänger althergebrachter sozialistischer Ideale an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Gegnern des neuen Kurses wird deshalb von der Bonner Zentrale empfohlen, die Partei zu verlassen. Sind unzufriedene Genossen nicht gewillt, selbst die gewünschten Konsequenzen zu ziehen, dann schrecken die Parteibürokraten der Bonner Vorstandsbaracke nicht davor zurück, altgediente Sozialdemokraten administrativ aus der Partei zu entfernen.

Um das Ausschlußzeremoniell zu vereinfachen, stimmten die Delegierten des hannoverschen Parteitages im November vergangenen Jahres mit Zweidrittelmehrheit einem Antrag des vorstandstreuen SPD-Bezirks Hannover zu: Falls Beschlüsse des Parteitages oder des Parteivorstandes vorliegen, nach denen die Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei, so haben der zuständige Bezirksvorstand und der Parteivorstand das Recht, den Beschuldigten „mit sofortiger Wirkung“ auszuschließen.

Ein Schiedsgerichtsverfahren, in dem sonst ausgeschlossene Parteigenossen ihr Recht auf Mitgliedschaft verfechten können, bleibt solchen Parteischädlingen ausdrücklich versagt. Bestimmt

M.M.

EXTRA

DER
GROSSE
DEUTSCHE
SEKT

Folgt dem Zeichen der Natur. Trinket M.M. Extra nur!



REMY MARTIN

erzeugt nur eine Spitzen-Qualität ... COGNAC FINE CHAMPAGNE V.S.O.P....
... nichts anderes!

REMY MARTIN

ist darum so hervorragend und überall gleichbleibend gut.

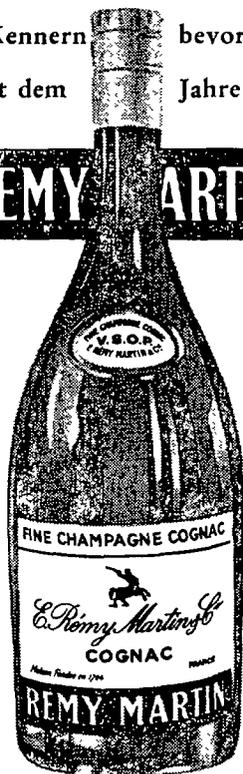
REMY MARTIN

worauf man selbst in Cognac mit Recht stolz ist.

REMY MARTIN

von Kennern bevorzugt seit dem Jahre 1724

REMY MARTIN



der Stolz von Cognac

Paragraph 29 Absatz 3 des revidierten Parteistatuts: „Diese Entscheidung ist endgültig. Das Recht der Beschwerde ist nicht gegeben.“

Auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, der die Partei jahrelang mit Akademikernachwuchs versorgte, wurde der autokratische Ausschlußmechanismus — Flächheim: „Das gab es in großen demokratischen Parteien bisher nicht“ — erst ein Jahr nach der hannoverschen Statutenrevision angewandt. Dem Beschluß vom November 1961, SPD-Genossen dürften nicht zugleich dem SDS angehören, war eine Politik der schrittweisen Distanzierung vorausgegangen, seit sich im SDS eine linke Gruppe um Mitarbeiter der Hamburger Studentenzeitschrift „Konkret“ und den Bundesvorsitzenden Oswald Hüller durchgesetzt hatte.

Die akademischen Junggenossen wurden vom Parteivorstand wegen ihrer scharfen Kritik an der bundesdeutschen Restauration öffentlich kryptokommunistischer Umtriebe verdächtigt und blieben bald im parteioffiziellen Sperrfeuer liegen: Im Mai 1960 sagten sich rechtsgerichtete Gruppen vom SDS los und schlossen sich mit Unterstützung der SPD zum parteifremden, von den Apparatschiks der SPD-Zentrale mühelos dirigierten Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) zusammen.

Als bald bemühte sich, der linksorientierte SDS, das Verhältnis zur SPD zu korrigieren. Indes, weder die Absetzung Hüllers noch der Ausschuß der „Konkret“-Gruppe oder das Bekenntnis zum Godesberger Programm vermochten den Bonner Parteivorstand davon zu überzeugen, daß gelegentliche radikale Äußerungen aus SDS-Kreisen nur auf das Konto des jugendlichen Sozialleifers, nicht aber der vermuteten Ulbrichtschen Fernsteuerung zu buchen seien: Im Juli 1960 verfügte die Bonner Baracke den Abbruch der Beziehungen zum SDS

Vergebens appellierten 19 Berliner und fünf hessische Hochschullehrer, die SPD möge „im Interesse der akademischen Freiheit und der demokratischen Erziehung des studentischen Nachwuchses“ ihre Haltung gegenüber dem SDS überprüfen.

Ohne sich mit „allen politischen Schritten“ der sozialistischen Studenten zu identifizieren, forderten die Unterzeichner des Aufrufs, zu denen auch renommierte Nicht-Genossen wie der Theologe Gollwitzer zählten, daß die „politischen Parteien den ihnen nahestehenden Studentengruppen ein Höchstmaß an Freiheit gewähren“.

Der Appell verhallte ungehört. Die Genossen des Parteivorstandes waren nicht gewillt, den politischen Bannstrahl zu widerrufen.

Kaum hatte die Partei ihre schützende Hand von den unbequemen Debatteurssozialisten zurückgezogen, sperrte das Bundesinnenministerium den SDS-Nonkonformisten die Zuschüsse aus dem Bundesjugendplan.

Bar jeglicher Subventionen aus der bundesoffiziellen Jugendfütterkrippe fanden die Junggenossen schließlich Unterstützung bei den sozialdemokratischen Professoren, die vergebens versucht hatten, den Parteivorstand zur Annullierung des Verdammungsurteils über den SDS zu bewegen.

Am 8. Oktober dieses Jahres konstituierte sich in Frankfurt die „Sozialistische Förderer-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder

des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V.“ mit dem Zweck,

- ▷ den Mitgliedern des SDS soziale und wissenschaftliche Hilfe angeeignen zu lassen und
- ▷ die erzieherischen und theoretischen Aufgaben des SDS tatkräftig zu unterstützen.

Vorsitzender und SPD-Linksaußen Abendroth in einem Brief an Ollenhauer fünf Tage nach der Gründung des sozialistischen Altherren-Verbandes: „(Es) wurde sorgfältig darauf geachtet, daß keine irgendwelcher Sympathien sei es mit der KP oder der DFU möglicher-



SPD-Rebell Flechthelm
Zuchtrute für Professoren

weise verdächtigen Intellektuellen oder Gewerkschaftler eingeladen wurden.“

Abendroths Versicherung, der linke Fördererverband werde „die Partei loyal unterstützen, mit ihr zusammenarbeiten und keinesfalls die Partei bekämpfen“, kam freilich zu spät. Der Bonner Parteivorstand hatte linke Fraktionsmacherei befürchtet und schon drei Tage vor der Frankfurter konstituierenden Versammlung per Rundschreiben vor dem Beitritt zur Förderer-Gesellschaft gewarnt und sich von dem Vereinsobjekt vorsorglich distanziert.

Das Rätsel, warum die parteioffizielle Warnung vom 5. Oktober keinen der Förderer vor der Sitzung am 8. Oktober erreichte, blieb bis heute ungelöst. Abendroth: „Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß mir der Wortlaut dieses Beschlusses und vor allem die in ihm enthaltene Warnung vor der Gründung nicht bekanntgeworden ist und nicht mitgeteilt wurde.“

Die Funktionäre der Zentrale — SPD-MdB Blachstein: „Stalinisten von rechts“ — zeigten sich von derlei Argumenten wenig beeindruckt. Unbesorgt um die Wirkungen, die ihre radikale Ausschlußpolitik bei akademischen, auf Einschränkung der Meinungsfreiheit sensibel reagierenden Lehrern zeitigen mußte, stellten sie Förderer und SDS-Mitgliedern ein Ultimatum:

Da laut Parteibeschuß von Anfang November die Mitgliedschaft in SDS und

Förderer-Gesellschaft einerseits und der Sozialdemokratischen Partei andererseits nicht zulässig sei, müßten sich Professoren und Studenten entscheiden, welcher Organisation sie hinfort den Vorzug geben wollen.

Gelehrte und Studenten, die ihre Zugehörigkeit zu den verfeindeten Abseits-Organisationen nicht aufkündigen, verfallen automatisch dem Parteiausschluß.

Der Versuch Flechtheims und Abendroths, die Partei zur Zurücknahme ihres Ultimatums zu bewegen, scheiterte nach stundenlangen Debatten mit SPD-Chef Erich Ollenhauer und dessen Stellvertreter Herbert Wehner, obwohl der Berliner Bürgermeister Willy Brandt, dem Wehners Zuchtrute gegen irrende Genossen seit langem Unbehagen bereitet, den Parteivorstand gebeten hatte, über den Beschluß gegen die SDS-Förderer noch einmal zu beraten.

Die Bonner Aussprache zwischen SDS-Förderern und Parteichefs brach Ossip Flechtheim, ein Radikaldemokrat linker Prägung, dem kommunistenfreundliche Tendenzen gewiß nicht nachzusagen sind, schließlich ab, nachdem Wehner, einst Mitglied des KPD-Politbüros, die verdächtigen Intellektuellen beschieden hatte: Er wisse bestens darüber Bescheid, was Fraktionsbildung sei, deshalb sei es auch sinnlos, sich gegenseitig etwas vorzumachen.

Zu den Professoren, die lieber auf die Mitgliedschaft in der SPD verzichten als sich der von ihnen als „Meinungsterror“ apostrophierten Wehner-Entscheidung beugen wollen, zählen neben Abendroth und Flechtheim

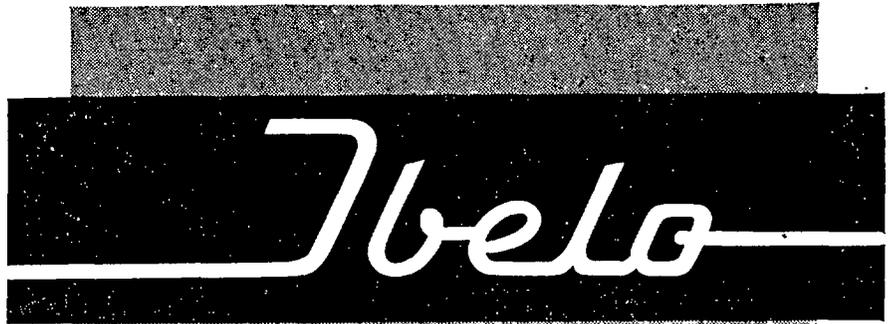
- ▷ Heinrich Düker, Direktor des Psychologischen Instituts in Marburg,
- ▷ Georg Wunsch, Professor für Systematische Theologie und Sozialethik in Marburg,
- ▷ Heinz Maus, Direktor des Soziologischen Seminars in Marburg und
- ▷ Heinz-Joachim Heydorn, Präsident der Pädagogischen Hochschule in Frankfurt.

In einem Brief an den südhessischen Bezirksvorstand der SPD in Frankfurt bezichtigte Heydorn („Ich bin kein konformistischer Parteibuchinhaber“) die Apparatschiks in Bonn kollektivistischen Funktionärsdenkens. Heydorn: „Die Partei muß das Ärgernis unabhängiger und aktiv mitdenkender Persönlichkeiten in ihren Reihen ertragen, soweit sie ihre Grundsätze nicht verletzen. Es ist dies die Spannung, aus der heraus allein eine andauernde Erneuerung möglich ist.“

Und: „Es gibt eine Tendenz, immer mehr Fragen, die an die Substanz des Freiheitsbegriffes rühren, administrativ zu erledigen, und damit jene Spaltung zwischen Geist und Macht zu vertiefen, die ein Verhängnis in der deutschen Geschichte ist.“

Gestärkt durch zahlreiche Sympathiekundgebungen sozialdemokratischer Professoren von Rang, wie etwa des Kieler Weltwirtschaftlers Professor Fritz Baade, des Berliner Soziologen Otto Stammer und des Kölner Soziologen Gerhard Weisser, sind die vom Ausschluß bedrohten Akademiker entschlossen, das Verhängnis der Spaltung zwischen Geist und Macht zumindest innerhalb der SPD mit juristischen Mitteln zu bekämpfen:

Vor einem westdeutschen Landgericht wollen sie Zivilklage auf Anerkennung

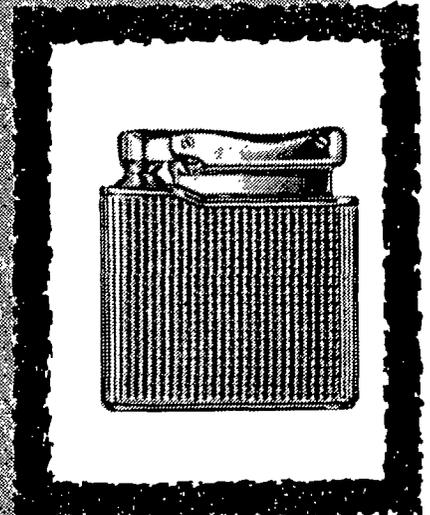


GAS-FEUERZEUGE

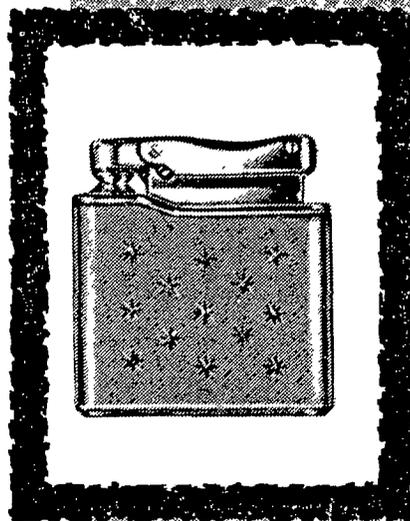
elegant - bewährt - funktionssicher
mit selbst-regulierendem Ventil,
erspart jeden weiteren Handgriff *

★
das in den Feuerzeugen verwandte
Butangas ist temperatur-empfindlich.
Das bedeutet: Bei Kälte kleine,
bei Wärme große Flamme.

Das INVAR-THERMO-Brennventil
der IBELO-Gasfeuerzeuge macht
ein Regulieren unnötig.
Die Flamme ist automatisch
immer gleich groß.



S.I.W.

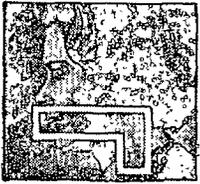


IBELO-Gasfeuerzeuge
sind dem Fortschritt
einen Schritt voraus.

IBELO-METALLWARENFABRIK
HERMANN ZAHN
FRANKFURT/M.



Diesen Teil des Mundes erreicht jedes Zahnpflegemittel



Mit VADEMECUM-Mundwasser erreichen Sie ausstrahlend diese Zone

Das macht den Unterschied

Mundgeruch wird von Bakterien verursacht
Bakterien werden durch Antisepticum beseitigt
VADEMECUM-Mundwasser ist antiseptisch und gibt dauerfrischen Atem.

Freunde empfehlen sich

VADEMECUM

Das frische Mundwasser aus Schweden

für moderne

modern die wirkungsweise
modern die zusammensetzung
modern auch die taschenpackung,
In jeder beziehung modern: temagin.

menschen

es hebt das allgemeinbefinden und ist gut verträglich, beruhigt und entspannt, macht aber nicht müde, temagin wirkt schnell, langanhaltend und zuverlässig.

temagin

temagin wirkt gleichzeitig auf das zentrale u. vegetative nervensystem, es hebt die schmerzempfindung auf, und beseitigt dadurch die schmerzen an allen stellen des körpers.

ein modernes

temagin hilft bei kopfschmerzen und migräne, zahnschmerzen und frauenschmerzen, rheumatischen schmerzen, neuralgie, ischias.

schmerzmittel

bei grippe u. fieberhaften erkältungen, bei alkohol und nikotinkater, bei wetterfühligkeit u. föhnbeschwerden.

10 tabletten -85 DM
20 tabletten 1,70 DM
60 tabletten 4,20 DM
in apotheken

1109a

der Mitgliedschaft erheben, um zumindest zu erreichen, daß die Partei ihr Statut ändert und ausgeschlossenen Mitgliedern wieder uneingeschränkt das Recht gibt, sich in einem partei-internen Schiedsgerichtsverfahren zu verteidigen.

Das Begehren der gelehrten Genossen stützt sich auf Paragraph 21 des Grundgesetzes, der die Parteien zu einer „inneren Ordnung“ nach „demokratischen Grundsätzen“ verpflichtet.

JUSTIZ

NS-VERBRECHEN

Bumke schwieg

Zuverlässige Staatsanwälte führen derzeit ein bisher streng geheimes Ermittlungsverfahren gegen den erlauchtsten Personenkreis, der je des Totschlags beschuldigt wurde: gegen sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, die 1941 auf dem Gebiet des Deutschen Reiches amtierten.

Diese Justiz-Creme von gestern wird nach Angaben des hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer der Mittäterschaft am Euthanasie-Programm des Dritten Reiches beschuldigt. Bauer: „Manche Herren werden noch ihr blaues Wunder erleben.“

Das von Bauer prophezeite Wunder deutete sich schemenhaft bereits am vorletzten Wochenende in der Evangelischen Akademie Loccum an. Dort war eine erlesene Schar von Juristen versammelt, um in besinnlicher Seelsorge-Luft über Schuld und Sühne der deutschen Justiz zu meditieren und Ehren-erklärungen auszutauschen.

Die Mannheimer Staatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann erschütterte die überwiegend evangelische Juristen-Gemeinde zunächst mit einem Katalog jener Hemmnisse, die heute noch einer wirksamen Strafverfolgung von NS-Verbrechen im Wege stehen.

Danach muß die in Ludwigsburg installierte Zentralstelle zur Ermittlung von NS-Rechtsbrechern* nicht nur auf alle herkömmlichen Fang-Mittel — wie Ausschreibung im Fahndungsbuch — verzichten, weil die kollegial denkenden Polizei-Organen die Gesuchten warnen könnten. Die Ludwigsburger Staatsanwälte haben vielmehr auch unter Richtern zu leiden, die den mühsam ermittelten Übeltätern ihr Mitgefühl zuwenden und sie die ganze Milde des Gesetzes spüren lassen.

So setzte ein ungenannter Strafrichter einen 12000fachen Mörder, der geständig war, gegen eine Kaution von 12000 Mark auf freien Fuß. Barbara Just: „Eine Mark pro Mord.“

Ein ebenso nachsichtiger, wenn auch weniger genauer Richter kassierte einen Haftbefehl mit der Begründung, der örtlich nicht zuständige Richter habe ihn erlassen, obschon die Strafprozeßordnung ausdrücklich feststellt, daß ein Haftbefehl auch in diesem Fall gültig ist. Staatsanwältin Just: „Die hatten also nicht mal ins Gesetz gesehen.“

Die über so viel Großmut verbitterten Ludwigsburger benutzten ihre Mußstunden, um die Strafsumme zu

* Die Stelle wurde 1958 von den Landesjustizverwaltungen errichtet. Jedes Bundesland außer Bremen entsandte einen Staatsanwalt.



Reichsgerichtspräsident Bumke
Den NS-Juristen trifft ...

berechnen, die deutsche Gerichte, auf den Einzelfall umgelegt, verhängten: Sie kamen auf zehn Minuten Gefängnis pro angeklagten Mord.

Die Loccumer Gemeinde, mit diesen bislang unbekanntem Tatsachen vertraut gemacht, bedurfte seelischer Restauration. Sie nahte in Gestalt des Generalbundesanwalts i. R. und CDU-MdB Max Güde.

Entgegen seiner bisherigen These, daß die Bonner Justiz bei politischen Straftaten zu exzessiv urteile, malte Güde das Bild der deutschen Richter von einst und jetzt in gefälligeren Farben. Er beklagte die Nöte des Richters und warb um Verständnis für menschliche Schwächen: „Glauben Sie mir, die Justiz im ganzen spürt einen Schock.“

Mit beschwörender Geste bat der verhinderte Justizminister, ihm noch mehr zu glauben: „Glauben Sie mir doch, daß



Generalstaatsanwalt Bauer
... die ganze Milde des Gesetzes